



HESSISCHER LANDTAG

18. 06. 2019

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der SPD

Die Bundeswehr ist Parlamentsarmee und Bestandteil unserer Gesellschaft

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee und Bestandteil unserer Gesellschaft. In Hessen sind in Stadtallendorf, Fritzlar, Frankenberg und Schwarzenborn bedeutende Einheiten der Bundeswehr stationiert. Das Bundeswehr-Landeskommando Hessen in Wiesbaden ist ein wichtiger Ansprechpartner der Landesregierung für die zivil-militärische Zusammenarbeit im Katastrophenfall. Die Bundeswehr ist auf jedem Hestag präsent. Am 15. 6. hat die Bundeswehr in Hessen auf dem Hestag den zeitgleich bundesweit stattfindenden Tag der Bundeswehr begangen. Der Hessische Landtag nimmt dies zum Anlass, seine schon immer bestehende Verbundenheit zur Bundeswehr zu bekräftigen.
2. Der Hessische Landtag bedankt sich bei den Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern in Uniform, die in Hessen, auf der Fregatte Hessen und anderswo in der Bundeswehr für Hessen und für die Bundesrepublik Deutschland zur Landesverteidigung dienen.
3. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich für den Erhalt der Standorte der in Hessen stationierten Truppenteile einzusetzen und bei der Bundesregierung für Hessen als möglichen Standort weiterer Truppenteile der Bundeswehr zu werben.
4. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, jährlich im Landtag über die Kooperation der Landesregierung mit dem hessischen Landeskommando der Bundeswehr im Rahmen der zivil-militärischen Zusammenarbeit zu berichten.
5. Der Hessische Landtag steht zu der Kooperationsvereinbarung zwischen der Hessischen Landesregierung und der Bundeswehr, die hessischen Schulen die Möglichkeit gibt, Jugendoffiziere neben Vertreterinnen und Vertretern von Friedensinitiativen oder der HSFK (Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung) als Referentinnen und Referenten einzuladen. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtage endlich jährlich einen detaillierten schriftlichen Bericht über Anzahl und Orte der Schulbesuche durch Jugendoffiziere vorzulegen, wie dies auch in anderen Ländern, zum Beispiel in Rheinland-Pfalz, möglich ist.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 18. Juni 2019

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Günter Rudolph